

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 16. Januar 2013

3510. 2011/270

Postulat von Maleica Landolt (GLP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 06.07.2011:

Erarbeitung eines Konzepts für den gemeinsamen Versand von Wahlprospekten bei den Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Maleica Landolt (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1542/2011): In Winterthur, Uster und anderen Städten führen manche Parteien einen gemeinsamen Postversand von Wahlprospekten durch. Daraus entstand die Idee, dass ein solcher Versand auch in Zürich sinnvoll sein könnte. Einerseits würden dadurch Personalressourcen und Kosten gespart. Die Stimmbevölkerung schätzt es, alle Wahlinformationen gebündelt zu erhalten. Der ökologische Aspekt darf nicht vernachlässigt werden, da heutzutage auch diejenigen, die nicht stimmberechtigt sind, die Flyer bekommen und sie in den meisten Fällen nicht lesen. Würden die Flyer lediglich an die stimmberechtigten Personen versandt, könnte Papier gespart werden. Aus logistischer Sicht ist das in der Stadt Zürich mit den Wahlkreisen eine Herausforderung, weshalb es uns sinnvoll scheint, dieses Konzept gemeinsam mit der Stadtkanzlei auszuarbeiten.*

***Min Li Marti (SP)** begründet den namens der SP-Fraktion am 24. August 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Im Kanton Solothurn gibt es dieses Konzept bereits. Es ist fraglich, ob die Positionen der Parteien dadurch besser erkennbar werden. Unser Grund für die Ablehnung ist jedoch, dass gemäss Vorstoss die Kosten fair verteilt werden sollen. Dies würde bedeuten, dass die grossen Parteien für die kleineren Parteien mitzahlen würden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Thomas Monn (SVP):** Ein gemeinsamer Versand von Wahlunterlagen kann Vorteile mit sich bringen. Wir befürworten Massnahmen, die dazu beitragen, die Kosten bei diesem Versand zu reduzieren. Wir sind jedoch gegen eine Querfinanzierung der grossen Parteien zugunsten der kleinen Parteien. Die SVP ist einverstanden, dass sich die Parteien Gedanken zu einer Erarbeitung eines solchen Konzeptes machen, wir haben jedoch einen Textänderungsantrag.*

***Michael Baumer (FDP):** Wahlen sind eine logistische Herausforderung und mit Arbeit verbunden. Es ist Aufgabe der Parteien, den Wahlkampf zu organisieren. Wir haben*

diese Organisation. Es scheint mir fraglich, ob dieser Versand tatsächlich über die Stadtkanzlei funktionieren kann. Entscheidend ist für mich jedoch, dass es sich nicht um eine Aufgabe der Stadt, sondern um eine Aufgabe der Parteien handelt. Ich bin dafür, dass die Parteien dies von sich aus organisieren. Auch die Frage der gerechten Finanzierung ist aus meiner Sicht offen.

Markus Hungerbühler (CVP): Dieses System funktioniert und alle Parteien sind im Kanton Aargau mit diesem Konzept zufrieden. Eine solche Organisation würde beispielsweise so funktionieren, dass sie von der Stadtkanzlei durchgeführt wird. Alle Parteien hätten die Möglichkeit, einen Flyer zum Versand beizulegen, der bestimmte Grundsätze in Bezug auf Grösse und Gewicht erfüllt. Diese Flyer werden gemeinsam mit den Wahlunterlagen an die Stimmberechtigten versandt. Dieser Versand wird den Parteien gleichmässig in Rechnung gestellt. Wir halten dieses Vorgehen für gerecht. Für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat dies den Vorteil, dass sämtliche Unterlagen gleichzeitig zugestellt werden und die Meinungsbildung somit einfacher wird. Die Parteien haben den Vorteil, dass für alle die gleichen Bedingungen bestehen und die Kosten reduziert werden. Diejenigen Parteien, die nicht mitmachen möchten, müssen dies selbstverständlich auch nicht. Wir nehmen die Textänderung der SVP an.

Thomas Wyss (Grüne): Wir begrüssen den Vorstoss und unterstützen ihn wegen seiner Einfachheit, der Ökologie und dem Service, der den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern geboten wird. Die Stimmberechtigten können dadurch die Positionen der einzelnen Parteien besser vergleichen. Aus ökologischer Sicht ist die Reduzierung des Streuverlusts von Bedeutung und letztlich ist es einfacher. Ein Grossteil der Bevölkerung ist nicht Mitglied einer Partei und ist froh, wenn er einen Überblick über die Positionen der Parteien erhält.

Niklaus Scherr (AL): Der politische Wettbewerb sollte über inhaltliche Positionen ausgetragen werden und nicht über die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Diejenigen Gemeinden, die dieses System bereits eingeführt haben, beweisen, dass es funktioniert.

Rebekka Wyler (SP): Es geht uns nicht nur um die finanziellen Mittel. Es geht auch um Manpower und die Fähigkeit, die Parteibasis zu motivieren, sich am Wahlkampf zu beteiligen. Würde man das finanzielle Ungleichgewicht zwischen den Parteien angehen wollen, müsste man sich für Parteienfinanzierung auf nationaler Ebene einsetzen.

Mauro Tuena (SVP): Unser Textänderungsantrag bezieht sich auf die Finanzierung. Die grösseren Parteien werden die kleineren Parteien somit nicht quersubventionieren. Es geht auch nicht darum, dass die Kosten von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen getragen werden sollen. Unsere Unterstützung des Postulats ist keine Garantie dafür, dass wir die Weisung auch unterstützen werden. Die Parteien können neben dem gemeinsamen Versand auch individuell Prospekte und Flyer verteilen.

Severin Pflüger (FDP): Es ist eine logistische Herausforderung, die Prospekte richtig zu verteilen. Es ist jedoch nicht liberal, eine Lösung für die Herausforderung vom Staat

3 / 3

zu erwarten. Der Vorstoss ist auch nicht ökologisch, weil wir das eingesparte Geld für einen weiteren Versand nutzen werden.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Ich weiss nicht, was am derzeitigen individuellen Versand liberal sein soll. Bei diesem Vorstoss geht es nicht um die Parteien, sondern um die Stimmberechtigten, die umfassende Informationen bekommen sollen. Es handelt sich um Service Publique.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es gibt Gemeinden, die diesen Versand bereits durchführen. In Winterthur führen die Parteien diesen Versand eigenverantwortlich unter Führung einer interparteilichen Konferenz durch. Ferner geht es darum, einen fairen Kostenschlüssel zu finden, mit dem alle Parteien einverstanden sind. Obwohl wir bereit sind, das Postulat entgegenzunehmen, gibt es diverse offene Fragen, die geklärt werden müssen. Dieser Versand ist eine logistische Herausforderung, eine Beilage zum offiziellen Versand kann zu Problemen führen, da die Briefumschläge möglicherweise zu dick würden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein gemeinsamer Versand von Wahlprospekten der beteiligten Parteien bei Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen organisiert und umgesetzt werden kann. Bei den Abklärungen und der Erarbeitung eines möglichen Konzeptes sollten nach Möglichkeit alle im Gemeinderat vertretenen Parteien miteinbezogen werden ~~wie auch die Kreiswahlbüroverantwortlichen~~ und eine entsprechende Vertretung der Stadt, welche das vorhandene Knowhow einbringen ~~kann können~~. Der Aufwand für den gemeinsamen Versand der Wahlprospekte soll für die Stadt kostenneutral sein, ~~in dem die Parteien die Unkosten nach einem vereinbarten fairen Modell aufteilen.~~

Das geänderte Postulat wird mit 65 gegen 54 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat